

## Mietenexplosion

Damit Berlin für alle bezahlbar bleibt, muss der Bund Gesetze ändern.

Seite 2



## Gescheiterter Senat

Sozialstadtrat Bernd Szczepanski fordert einen Runden Tisch in der Flüchtlingspolitik. Seite 3



## Unterwegs in Neukölln

Wie sich unsere Abgeordnete Anja Kofbinger für ihren Lieblingsbezirk einsetzt.

Seite 5

# Neuköllner Stachel

Bündnis 90 / Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln | Nr. 182, Ausgabe I / 2015

## QUEERES NORDNEUKÖLLN

### Da tut sich was

Früher hatten Lesben, Schwule und Transgender oft ein ungutes Gefühl, wenn sie durch Neukölln gingen. Überall schienen Gefahren zu lauern, die Furcht vor Übergriffen bis an die Zähne bewaffneter Jugendbanden war zumindest latent vorhanden. Selbst der Bürgermeister tönte überall herum: Multikulti ist gescheitert – zumindest in meinem Bezirk! Da wollte man nun wirklich nicht sein. Zur Überraschung der LSBTTI-Community<sup>1</sup> wollte dann doch eine\_r und siedelte sich ausgerechnet im Rollbergviertel an: Das SchwuZ (SchwulenZentrum, [www.schwuz.de](http://www.schwuz.de)).

Als das SchwuZ Ende 2013 in seiner neuen Location eingezogen war, konnten es viele Schwule, Lesben, Bi- und Transmenschen schier nicht glauben: Die seit 1977 bestehende Institution für alle Andersliebenden hatte sich in einen sogenannten Angstraum begeben. Doch die Neugier überzog und man wollte schon mal gucken, wie das da ist in diesem Neukölln. Heute nach knapp anderthalb Jahren steht fest: Der Mut des SchwuZ-Teams wurde belohnt. Ihr politischer Anspruch, verschiedenstes kulturelles Leben miteinander zu verquicken, ist aufgegangen. Neukölln hat in den letzten Jahren einigen Aufschwung in dieser Hinsicht erlebt.

#### Vorreiter\*in seit 1989

Lesbisches Leben wird in Neukölln seit über 25 Jahren vom RuT e.V. (Rat und Tat, [www.lesbischeinitiativerut.de](http://www.lesbischeinitiativerut.de)) im Schillerkiez repräsentiert. Dieser Verein wird bald mit dem Bau eines Mehrgenerationenhauses beginnen, leider nicht wie ursprünglich geplant in Neukölln. Aber es gibt mittlerweile einige explizit queere<sup>2</sup> Lokale und Geschäfte, die in Nord-Neukölln ihr Publikum gefunden haben. Deshalb ist es nicht weiter verwunderlich, dass auch bei dem letzten 48-Stunden-Ereignis mit dem Motto „Courage“ eine „Rosa-Route“ auf dem Programm



Vom Norden her wird Neukölln queerer. Grafik: Kalle Erlacher

Um über die Situation von queeren Flüchtlingen und unsere politische Arbeit in diesem Bereich aufzuklären, haben wir eine Veranstaltung am 27. März im „Südblock“ organisiert, zu der alle Interessierten herzlich eingeladen sind. Alle Infos hier: [gruenlink.de/wdc](http://gruenlink.de/wdc)

Landesebene tut sich gerade recht wenig, was ein wenig verwunderlich ist. War Berlin doch 2009 furios mit einer „Initiative sexuelle Vielfalt (ISV)“ in den politischen Raum gestartet und innerhalb kürzester Zeit zum Takt- und Ideengeber für eine modernen Großstadtpolitik geworden. Unter Rot-Schwarz kühlte sich diese Initiative jedoch merklich ab. Wir Grünen legten ebenso wie Linke und Piraten einen umfassenden Vorschlag zur Weiterentwicklung vor, doch der fand keine große Sympathie. Vor allem die CDU tut sich sichtlich schwer mit Gleichstellung und will

partout an ihrer diskriminierenden Linie festhalten. Zwei mickrige Anträge sprangen bisher dabei heraus. Das Gros der Initiativen und Anträge kommt immer noch von uns und den Linken.

#### Besonderes Augenmerk auf queere Flüchtlinge

Queere Politik befasst sich vor allem mit den alltäglichen Nöten und Sorgen, deshalb ist uns unser letzter gemeinsamer Vorstoß auch so wichtig: Auf unsere Einladung hin trafen sich im Oktober Organisationen und die flüchtlingspolitischen Sprecher\*innen (fast) aller Parteien, um über einen angemessenen Umgang mit Flüchtlingen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung im Herkunftsland verfolgt wurden, zu beraten. Ihr bestehender Asylanspruch ist oft schwer durchsetzbar

und auch ihre Lebensumstände hier während des Verfahrens sind problematisch. Einerseits verschweigen sie während ihrer Unterbringung in den Unterkünften oft ihre sexuelle Orientierung aus Angst vor weiteren Diskriminierungen, andererseits müssen sie zeitgleich vor den Behörden ihre Fluchtgründe detailliert schildern. Diese Situation führt gepaart mit einem unzureichenden Beratungsangebot nicht nur zu erheblichen Belastungen, es hat auch oftmals negative Auswirkungen auf den Ausgang des Asylverfahrens. Deshalb fordern wir den Senat auf, auch mit diesen Flüchtlingen menschlich umzugehen. Es gibt in Berlin genug Organisationen, die sich ehrenamtlich um queere Flüchtlinge kümmern. Aufgrund der stark wachsenden Zahl erwarten wir aber auch mehr Engagement von den zuständigen Stellen. Wir fordern deshalb, dass das Personal der Unterkünfte und die Integrationslots\*innen besser geschult und die allgemeine Beratungssituation für diese Flüchtlinge verbessert wird.

Anja Kofbinger, MdB  
Queerpolitische Sprecherin



Dame sticht König.  
Franziska Giffey  
löst Buschkowsky als  
Bezirksbürgermeisterin ab.  
Grafik: Kalle Erlacher

## ZUM RÜCKTRITT VON BUSCHKOWSKY

### Neue Chancen für Neukölln

Mit dem anstehenden Rücktritt von Heinz Buschkowsky als Bezirksbürgermeister und der anstehenden Neuwahl von Franziska Giffey findet eine Zäsur in der Neuköllner Kommunalpolitik statt. Die Bilanz der rot-schwarzen Zählgemeinschaft fällt nach drei Jahren bisher leider mau aus. Neukölln braucht einen politischen Neustart – und zwar in vielen Bereichen.

#### Die soziale Spaltung darf sich nicht vertiefen

Den anhaltenden Mietsteigerungen, insbesondere im Norden des Bezirkes, muss endlich etwas entgegengesetzt werden. Hierzu müssen alle bezirkspolitischen Eingriffsmöglichkeiten ausgeschöpft werden, etwa die Einrichtung von Milieuschutzgebieten. Diese sind auch die Voraussetzung dafür, dass der Bezirk die Umwandlung in Eigentumswohnungen verhindern und so die Vernichtung von günstigem Wohnraum zumindest teilweise aufhalten kann. Nicht umsonst haben über 3.500 Neuköllner\*innen einen entsprechenden Einwohner\*innenantrag unterstützt. Die SPD hat Milieuschutzgebiete jahrelang blockiert und bewegt sich nach wie vor nur zögerlich, die CDU ist noch immer dagegen. Wir müssen aber jetzt handeln, damit die soziale Mischung im Bezirk erhalten bleibt und der Verdrängung entgegen gewirkt werden kann.

#### Gute Arbeitsbedingungen und dadurch guter Service im Rathaus

Neukölln hat von allen Berliner Bezirken mit Abstand das wenigste Personal. Monatelange Wartezeiten auf Wohngeld, lange Schlangen vor den Bürger\*innenämtern und eine überforderte Verwaltung sind die Folge. Große Bauvorhaben wie der Neubau der Clay-Oberschule verzögern sich, weil für die zügige Bearbeitung nicht genug Personal zur Verfügung

steht. Die Mitarbeitenden müssen dringend in die Lage versetzt werden, die Aufgaben des Bezirkes besser bewältigen zu können.

#### Neukölln braucht alle seine Einwohner\*innen

Unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, sozialer Stellung, sexueller Identität, religiöser und weltanschaulicher Überzeugung sollen alle ihre Interessen und Fähigkeiten einbringen und den Bezirk mitgestalten können. Dafür muss die Bezirkspolitik auch in der Integrationspolitik die Menschen willkommen heißen und sie ermutigen, sich einzubringen. Hierzu gehört etwa, dass z.B. Selbstorganisationen von Migrant\*innen nicht in ihrer Arbeit behindert, sondern gezielt unterstützt werden.

#### Das Rathaus muss sich öffnen für die Bürger\*innen

Die große Koalition aus SPD und CDU reagiert auf das Engagement von Bürger\*innen oft nur mit Ignoranz und Ablehnung. Seien es die 70 Prozent in Neukölln, die gegen die Senatspläne zur Bebauung des Tempelhofer Feldes gestimmt haben und sich dafür als Egoist\*innen bezeichnen lassen mussten, seien es die Bürger\*inneninitiativen am Kormoranweg oder an den Buckower Feldern, mit denen der Bezirk den Dialog verweigert. Diese Haltung ist endgültig überholt. Bürger\*innen wollen ernst genommen werden und mitreden, vor allem bei den Belangen, die sie unmittelbar betreffen. Nur so können Lösungen entstehen, die die unterschiedlichen Interessen in für alle tragbare Kompromisse zusammenführen.

Es gibt also viel zu tun für die designierte neue Bürgermeisterin. Dafür wünschen wir ihr viel Erfolg und ein gutes Händchen für die richtigen Entscheidungen im Sinne des Bezirkes und der Menschen, die hier leben.

Kreisvorstand, BVV-Fraktion

<sup>1</sup> LSBTTI = Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle sind ein Teil unserer vielfältigen Gesellschaft

<sup>2</sup> queer = jenseits der gesellschaftlichen Norm z.B. LSBTTI

## BERLIN BLEIBT BEZAHLBAR

## Schutz vor der Mietenexplosion

Der Berliner Wohnungsmarkt ist in wenigen Jahren von einer paradiesischen Enklave zu einem aufreibenden Brennpunkt geworden. Preisexplosion, Gentrifizierung und Immobilienspekulation sind zu Gemeinplätzen im Berliner Smalltalk geworden: Wo soll das nur hinführen?

Berlin wird seine Attraktivität so schnell nicht einbüßen – soviel ist sicher. Der Trend der Verstädterung wird nicht abreißen, Wirtschaft und Bevölkerung wachsen und Immobilienkäufe bleiben aufgrund des niedrigen Zinsniveaus lukrativ. Trotzdem zeigen sich in ausgewählten Lagen erstmalig Sättigungstendenzen. Am Hackeschen Markt sind die Mieten seit langer Zeit einmal wieder gesunken. Für die meisten Berliner\*innen ist das aber weder der richtige Ort zum Leben noch sind 12,50 Euro pro qm für sie erschwinglich. Was in diesen Tagen aber Hoffnung macht, ist das umtriebige Engagement vieler Mieter\*innen. Doch wäre es zu viel verlangt, von ihnen allein die Lösung der Wohnungsfrage zu erwarten. Vielmehr müssen die Erwartungen an politisches Handeln groß bleiben. Das Ringen um die Mietpreisbremse und die Verkaufspraxis der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) zeigen allerdings, wie schwer es fällt, die Verwertungslogik in der Mietpolitik zurückzudrängen.

## Bundesimmobilien nicht zum Höchstpreis verkaufen

Das unscheinbare Eckhaus in der Braunschweiger Straße 59 hatte es in den Verkaufsprospekt der BImA geschafft. Für die Neuköllner Mieter\*innen war dies allerdings eine zweifelhafte Ehre. Die 24 Wohnungen wurden von der BImA nämlich im Höchstpreisverfahren angeboten – bevor sie zum Gegenstand der Verhandlungen zwischen Senat und Bund wurden. Schmerzvoll musste bereits die Mieter\*inneninitiative in der Schöneberger Großgörschenstraße erfahren, wie die Verkaufspraxis der BImA in der Regel funktioniert. Während Senat und Bund noch über die Übernahme von 4.660 Wohneinheiten durch das Land Berlin feilschten, wurde ihr Haus meistbietend verkauft.

Verkauft der Bund eine seiner zahlreichen Liegenschaften, soll möglichst viel Geld in die Kasse des Finanzministers fließen. Gesetz-



Mieter\*innenprotest in der Großgörschenstraße.  
Foto: Kalle Erlacher

lich gilt: Verkauft werden muss zum „vollen Wert“. In der Praxis bedeutet dies, dass Immobilien an den Meistbietenden oder zu einem gutachterlich ermittelten Verkehrswert verkauft werden – das Verfahren ist reichlich intransparent. Mieter\*innenschutz und wohnungspolitische Interessen vor Ort spielen keine Rolle. Dies gilt auch für mögliche Verkäufe an kommunale Träger – eine hohe Bürde für den Erhalt bezahlbarer Wohnungen.

Aus grüner Perspektive muss sich das ändern. Wir wollen, dass der Bund bei seinen Wohnungsverkäufen auch auf die Stadtentwicklung Rücksicht nimmt und Objekte unterhalb des Verkehrswerts veräußert werden. Für die Großgörschenstraße würden diese

Änderungen bereits zu spät kommen. Der Fall demonstriert die Wichtigkeit eines Verkaufsmoratoriums.

## Die Mietpreisbremse bremst nicht

Eine Mietpreisbremse klingt nach der wohlthuenden Rückkehr des Politischen an den überhitzten Wohnungsmarkt. Eine Untersuchung aktueller Internetangebote hat ergeben, dass 87 Prozent der angebotenen Wohnungen die ortsübliche Vergleichsmiete überschreiten. Im Schnitt lagen sie 2,50 Euro pro qm darüber. Solche Zahlen sind wichtig, um den Wirkungsradius einer Mietpreisbremse abschätzen zu können. Deren Grundidee besteht darin, den Aufschlag bei Neuvermie-

tungen auf 10 Prozent über dem Mietpreis zu begrenzen.

Der Gesetzentwurf der Großen Koalition sieht allerdings gravierende Ausnahmen vor. Unter anderem soll die Mietpreisbremse bei Neubauten nicht gelten. Das gleiche gilt bei Wohnungen, die in den letzten 20 Jahren umfassend modernisiert oder nur vorübergehend vermietet wurden. Verstöße gegen die Mietpreisbremse müssen zudem von den Mieter\*innen selbst gerügt werden. Laut Berliner Mieterverein würde die Mietpreisbremse durch diese und weitere Ausnahmen im Ergebnis bei 40 Prozent der Wiedervermietungen nicht greifen.

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass eines der wichtigsten Instrumente der Mietpolitik nicht stumpf wird. Dazu gehört nicht nur eine baldige Verabschiedung, sondern auch eine schnelle Umsetzung durch den Senat. Für jede Verzögerung zahlen die Mieter\*innen einen hohen Preis am ungezügelteren Wohnungsmarkt.

## Soziales Wohnen neu denken

Über die Zukunft des Wohnungsmarktes entscheidet neben der Mietpreisbremse auch die öffentliche Wohnungsförderung. Diese muss nicht nur gut ausgestattet werden, sondern auch den richtigen Grundsätzen folgen, um dauerhaft bezahlbare Wohnungen bereitzustellen. Bisher hat das nicht geklappt. Für dieses Urteil spricht, dass die Mieten im sozialen Wohnungsbau durchschnittlich über dem Mietspiegel liegen. Eine wenig überraschende Tatsache, wenn man bedenkt, dass der Auftrag öffentlicher Förderung auch darin besteht, die Wirtschaft anzukurbeln und preisgebundene Bestände irgendwann auf den freien Markt zu überführen. Das ist nur einer von vielen Hinweisen darauf, dass Neubauten allein die Zustände am Berliner Wohnungsmarkt nicht verbessern.

Mit dem Mieten-Volksentscheid wird die Diskussion über die Wohnungswirtschaft neu entflammen. Eine gute Gelegenheit, um gemeinsamen Akteur\*innen eine neue

Chance zu geben. Dabei muss auch die BImA in die Verantwortung genommen und auf eine andere Liegenschaftspolitik verpflichtet werden. Durch eine entsprechende Änderung des BImA-Gesetzes ließe sich die Verwaltung der Bundesimmobilien wohnungspolitischen Zielen unterstellen. Am Umgang mit dem Altbaubestand wird sich entscheiden, ob bezahlbare Mieten weiterhin zur Anziehungskraft Berlins gehören.

Lisa Paus, MdB

## Die BImA-Politik muss sich ändern!

Das ist die klare Aussage des Grünen Landes Ausschusses (LA, kleiner Parteitag), der im Dezember 2014 eine grundlegende Neuausrichtung des gesetzlichen Auftrags der BImA forderte.

Dafür muss Berlin über eine Bundesratsinitiative gemeinsam mit anderen Ländern darauf hinwirken, dass sich das Handeln der BImA in Zukunft nicht mehr ausschließlich an finanziellen Interessen orientiert. Vielmehr muss sie ökologisch-sozialen Zielen verpflichtet werden und auch die stadtentwicklungspolitischen Interessen der Länder und Kommunen berücksichtigen. Dafür müssen letztere ein Vorkaufsrecht zum Verkehrswert, in Einzelfällen sogar darunter erhalten. Die ca. 5.000 Berliner BImA-Wohnungen sollen vom Land Berlin gekauft werden und danach in den Besitz der öffentlichen Wohnungsgesellschaften übergehen, alternativ soll auch die Weitergabe an Genossenschaften, gemeinnützige Wohnungsunternehmen, Stiftungen oder die jetzigen Bewohner\*innen sowie Erbbaupacht möglich sein. Dabei darf sich die Verkaufssumme nicht am Höchstpreis orientieren, sondern am Verkehrswert. Den vollständigen LA-Beschluss gibt es hier: [gruenlink.de/wi2](http://gruenlink.de/wi2), detaillierte Infos über alle Berliner Bundesimmobilien beim Büro von Lisa Paus:

[lisa.paus.ma02@bundestag.de](mailto:lisa.paus.ma02@bundestag.de)

Annette Heppel  
LA-Delegierte

## Inhalt

## Seite 1:

- Queeres Nordneukölln
- Neue Chancen für Neukölln

## Seite 2:

- Schutz vor Mietenexplosion
- Klimaneutrales Neukölln?

## Seite 3:

- Gescheiterte Flüchtlingspolitik
- Neues aus dem AGH

## Seite 4:

- Zu Besuch in Neuköllns Schulen
- Berliner Frauenpolitik

## Seite 5:

- Unterwegs in Neukölln
- Zum Equal Pay Day
- Internationaler Frauentag

## Seite 6:

- Hatun-Sürücü-Preisverleihung
- Neuköllner Register
- Migrantische Ökonomie

## Seite 7:

- Diskriminierung als Markenkern
- Mit Frauenrechten gegen Armut

## Seite 8:

- Milieuschutz in Trippelschrittchen
- Buckower Felder
- Olympia ohne Bürger\*innen

## BERLIN KLIMANEUTRAL 2050

## Was tut eigentlich Neukölln dafür?

Berlin soll bis zum Jahr 2050 klimaneutral werden und den Ausstoß von CO<sub>2</sub> um 80-95 Prozent unter das Niveau von 1990 senken. Eine Machbarkeitsstudie dazu ließ der Senat bereits erstellen. Zur Zeit können die Berliner\*innen sich stadtweit beim Online-Dialog einbringen. Die Neuköllner Bezirkspolitik steht jedoch kaum am Anfang. Anders als in anderen Bezirken gibt es weder ein Klimaschutzkonzept noch eine\*n Klimaschutzbeauftragte\*n für die praktische Umsetzung. Dabei besteht genug Bedarf.

Hohe Energiekosten und steigende Mieten verunsichern viele Neuköllner\*innen. Damit die Ener-

giegewende auch von ihnen unterstützt wird, müssen ökologisch notwendige Maßnahmen erläutert und sozial verantwortlich gestaltet werden.

Die erste Photovoltaik-Anlage auf dem Dach eines bezirklichen Gebäudes nahm kürzlich die Heinrich-Mann-Oberschule in Betrieb. Ein gutes Beispiel, dem viele weitere folgen müssen, weil die öffentliche Hand beim Klimaschutz Vorreiterin sein muss. Straßen müssen für Fußgänger\*innen, Radfahrer\*innen und den öffentlichen Personennahverkehr attraktiver und sicherer werden. Was kann aber z.B. gegen das Parken in zweiter Spur getan werden, das Räder ebenso wie Busse behindert? Die Grüne Klima-AG wird zusammen mit

**FÜR MICH IST NEUKÖLLN:**

„...dreckig, bunt und heimatlich.“  
Janine, 29 Jahre



Klimakiller vs. Klimaretter - Verkehr vs. Natur.  
Foto: Stefan Wernli/ CC BY-SA 2.5

der Grünen BVV-Fraktion jetzt diese und andere Fragen mit Aktionen und Anträgen aufgreifen. Ideen und Unterstützer\*innen sind immer gern gesehen. Kontakt:

[ag-klimawandel@gruene-neukoelln.de](mailto:ag-klimawandel@gruene-neukoelln.de)  
Christian Kölling

Das Grüne Klimaschutzkonzept für Neukölln:

[gruenlink.de/wht](http://gruenlink.de/wht)

Machbarkeitsstudie Klimaneutrales Berlin 2050:

[gruenlink.de/whs](http://gruenlink.de/whs)

Online-Dialog des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms:  
[klimaneutrales.berlin.de](http://klimaneutrales.berlin.de)

## GESCHEITERTE FLÜCHTLINGSPOLITIK DES SENATS

## Kein Raum in der Herberge?

Seit einigen Jahren steigt die Zahl der Menschen, die aus den unterschiedlichsten Teilen der Welt nach Deutschland und nach Berlin kommen. Aus Sicht der Verwaltung, die die daraus erwachsenden Anforderungen und Leistungen bewältigen muss, rennt der Senat von Berlin der Entwicklung mit heraushängender Zunge hinterher.

Zwar waren die Prognosen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) immer um gut 50 Prozent zu niedrig, aber spätestens Anfang 2014 konnte das der Senat wissen und sich darauf vorbereiten. Stattdessen hat der zuständige Senator Czaja lange die Augen verschlossen und offenbar darauf gehofft, dass die Zahlen wieder abnehmen oder die Flüchtlinge das Land schnell wieder verlassen, das sie so ungastlich empfängt.

Ansonsten hätte er schon Anfang 2014 sowohl das Personal der „Zentralen Aufnahmeeinrichtung des Landes Berlin für Asylbewerber“ (ZAA) drastisch aufstocken und auch dafür sorgen müssen, dass ausreichend menschenwürdige Unterkünfte für die Hilfesuchenden zur Verfügung stehen.

## Hunderte obdachlos

Im Dezember war die Situation in der ZAA so dramatisch, dass man den Antragstellenden lediglich einen Vorsprachetermin in 2-3 Wochen gab, aber weder zeitnah ihre Unterlagen bearbeitete noch ihnen eine Unterkunft zur Verfügung stellen konnte. Als Folge mussten Hunderte von Flüchtlingen die Zeit bis zum näch-



Die Flüchtlingsunterkunft in der Haarlemer Straße in Britz.  
Foto: Kalle Erlacher

sten Termin auf der Straße, in Parks oder unter Brücken verbringen – und das mitten im Winter.

Man kann Senator Czaja diesen Vorwurf keineswegs allein machen. Immerhin ist er das einzige Senatsmitglied, das sich – zuständigkeitsbedingt – überhaupt um die Flüchtlingsfrage kümmerte. Der restliche Senat fühlt sich offenbar für diese Probleme überhaupt nicht zuständig. Lediglich Integrationsministerin Dilek Kolat schaltete sich auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die Besetzer\*innen des Oranienplatzes in die Verhandlungen um eine friedliche und menschliche Lösung für die dortigen Flüchtlinge ein. Nachdem diese den Oranienplatz verlassen hatten, war es mit dem Engagement wieder vorbei.

## Betrug an Menschen

So weit man überhaupt noch etwas von den dort für eine humanere Flüchtlingspolitik Kämpfenden hört, wurde nur in 1-3 Fällen versucht, die verbindlich versprochene Heranziehung der Fälle nach Berlin zu realisieren. Einige Wochen wurden die Leistungen für die Betroffenen nach und nach eingestellt, die ihnen zugewiesene Unterkunft, z.B. in der Haarlemer Straße, wurde beendet und sie fanden sich auf der Straße wieder. Wenige erhielten durch eine konzentrierte Aktion von Kirchen und anderen Institutionen – auch mit Unterstützung des Neuköllner Sozialamts – eine Wohnung.

Den Vogel schoss Innensenator Frank Henkel ab, als er auf Nachfrage nach der Erfüllung der mit den O-Platz-Leuten geschlossenen Vereinbarung erklärte, er habe die Vereinbarung nicht unterschrieben und fühle sich daran nicht gebunden. Ein unglaublicher Vorgang, dass ein einzelnes Senatsmitglied sich derart aus der Verantwortung stehlen kann, ohne dass dieses Verhalten Konsequenzen hat.



Foto: Oliver Münchhoff

## Chance vertan

Mitte 2014 hat Senator Czaja dann – vor dem Hintergrund des Skandals um die Finanzierung der PeWoBe-Unterkunft in der Haarlemer Straße – erklärt, künftig werde sich der Senat verstärkt in eigener Regie um Wohnmöglichkeiten für Flüchtlinge kümmern und dafür die Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Trägern suchen. Er benannte – weitgehend ohne Absprache mit den Verantwortlichen in den Bezirken – landeseigene Grundstücke für die Aufstellung von Wohncontainern und ließ Tragflughallen für die Erstaufnahme errichten.

Doch während in ganz Berlin händelnd nach geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten gesucht wird, weigerte sich der Senat, das vom Eigentümer angebotene Grundstück in der Haarlemer Straße zu kaufen und ließ damit eine wichtige Chance verstreichen, die eigene Ankündigung auch in die Tat umzusetzen. Stattdessen hat nun die massiv in der Kritik stehende PeWoBe das Gelände erworben.

Nach wie vor gibt es keine gezielte Inanspruchnahme von Immobilien, die sich in der Verwaltung des Berliner Liegenschaftsfonds befinden. Wie man hört, bleiben 27 Liegenschaften gänzlich unberücksichtigt, weil sie sich im Vermarktungsprozess befinden. Im Klartext heißt das: Weil der Finanzsenator hofft, durch einen Verkauf der Grundstücke oder Gebäude Geld in die Berliner Kasse zu bekommen, gibt der Sozialsenator Unsummen für die Anmietung von Containern oder die Unterbringung von Flüchtlingen in privaten Heimen, Hostels oder Pensionen aus. Hier fragt man sich ratlos, ob denn Finanz- und Sozialsenator nicht mal miteinander reden und ihre Verwaltungen ausrechnen lassen, ob diese Form der Unterbringung nicht viel mehr kostet, als ein vom Liegenschaftsfonds verkauftes Grundstück jemals einbringen kann. Der ehemalige Finanzsenator Nußbaum verhielt sich völlig ignorant gegenüber all diesen Fragen

Bernd Szczepanski ist seit Ende 2011 Neuköllner Sozialstadtrat und damit auch zuständig für die Anliegen von Flüchtlingen im Bezirk. Aufgewachsen in Nordneukölln engagiert er sich schon seit Langem ehrenamtlich für soziale, umwelt- und verkehrspolitische Belange im Bezirk. Sein Schwerpunkt als Stadtrat ist die Förderung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für sozial benachteiligte und ältere Menschen mit besonderem Augenmerk für alte Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

In seiner Bürger\*innensprechstunde beantwortet er gerne Ihre Fragen oder hilft bei Problemen weiter (Termine hier: [gruenlink.de/o4e](http://gruenlink.de/o4e)).

What's?  
up,  
Abgeordnete

## Willkommenskultur in den Berliner Job-Centern – wieder und wieder verschoben

Laut Integrationsbarometer des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) wird in Berlin der Grad der Diskriminierung von Bürger\*innen in Ämtern und Behörden als überdurchschnittlich hoch empfunden. 46 Prozent der Berliner\*innen fühlen sich diskriminiert. Bundesweit liegt der Schnitt bei 15-30 Prozent je nach Herkunft. Das ist ein dramatisch schlechtes Ergebnis für Berlin. Weltoffen sieht anders aus. Und Vermittlung funktioniert so auch nicht.

Angesichts dessen ist es völlig unverständlich, dass sich auch hier die Koalition gegenseitig blockiert und in der Diskussion über die interkulturelle Öffnung der Jobcenter nicht voran kommt. Wir fordern eine Umgestaltung der Eingangsbereiche, Dolmetschdienste und eine Sprachsensibilisierung für die Berater\*innen, wie es sie in Hamburg bereits gibt. Außerdem brauchen wir eine zentrale Anlaufstelle für EU-Bürger\*innen bei einem der Jobcenter in Berlin.

## Karneval der Kulturen findet 2015 statt – aber das war knapp

Der Karneval der Kulturen findet 2015 wieder statt. Das ist eine gute Nachricht. Traurig ist allerdings die Vorgeschichte, denn die zuständige Senatorin Kolat hat sich jahrelang nicht um das berühmte Berliner Straßenfest gekümmert, obwohl die Probleme beim Veranstalter, der Werkstatt der Kulturen, schon lange unübersehbar sind. Hätten die Karnevalsgruppen nicht ihren Ausstieg angekündigt, wäre der Senat nie zur Rettung tätig geworden: Sicherheitskonzept, Versicherung, Karnevalsfonds – was ich schon lange gefordert hatte, war nun plötzlich möglich.

Senatorin Kolat hat daher keinen Grund, sich feiern zu lassen. Zudem bleibt noch einiges tun: Die Künstlerinnen und Künstler fordern zu Recht mehr Mitbestimmung für die Zukunft. Zudem muss der Karneval der Kulturen wieder zu dem werden, was er einmal war: weniger Kommerz und Alkohol, mehr Kultur. Die Gruppen, die künstlerische Qualität und die Vielfaltigkeit unserer Stadt sollen wieder im Mittelpunkt stehen.

Susanna Kahlefeld, MdB



Foto: Christian Hoffmann

**FÜR MICH IST NEUKÖLLN:**

„...mehr als Schnitzel und Falafel.“  
Jonas, 34 Jahre



**Impressum:**  
Bündnis 90/Die Grünen,  
Kreisverband Neukölln

**Redaktionsadresse:**  
Neuköllner Stachel,  
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln,  
Berthelsdorfer Straße 9, 12043 Berlin

**V.i.S.d.P.:**  
Annette Heppel  
[annette.heppel@gruene-neukoelln.de](mailto:annette.heppel@gruene-neukoelln.de)

**Mitarbeiter\*innen dieser Ausgabe:**  
Andreas Audretsch, Volker Beck, Jochen Biedermann, Mahi Christians-Roshanai, Kalle Erlacher, Francisca Fackeldey, Anne Geib, Annette Heppel, Christian Hoffmann, Susanna Kahlefeld, Anja Kofbinger, Christian Kölling, Georg P. Kössler, Sabrina Markutzky, Rhea Niggemann, Bola Olalowo, Lisa Paus, Caro Scheibe-Köster, Anja Schillhaneck, André Schulze, Julia Maria Sonnenburg, Bernd Szczepanski, Gabi Vonnekold

**Layout:**  
Kalle Erlacher  
[kalle@kaerl.de](mailto:kalle@kaerl.de)

**Druck:**  
Henke Pessedruck

**Vorstandssprecher\*innen:**  
Francisca Fackeldey  
[francisca.fackeldey@gruene-neukoelln.de](mailto:francisca.fackeldey@gruene-neukoelln.de)  
André Schulze  
[andre.schulze@gruene-neukoelln.de](mailto:andre.schulze@gruene-neukoelln.de)

**Internet:** [www.gruene-neukoelln.de](http://www.gruene-neukoelln.de)

**E-Mail:** [stachel@gruene-neukoelln.de](mailto:stachel@gruene-neukoelln.de)  
Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt die/der jeweilige Autor\_in die Verantwortung.

## EIN CAMPUS RÜTLI MACHT NOCH KEINEN SCHUL-SOMMER

## Gemeinsam stark für Neuköllns Schüler\*innen

**Anja Kofbinger, Grüne Abgeordnete für den Nordneuköllner Wahlkreis 1, und Mahi Christians-Roshanai, Grüne BVV-Verordnete, waren zwischen Juli und Dezember 2014 in 13 Neuköllner Schulen zu Gast, um sich vor Ort über die Bedarfe zu informieren und werfen nun für uns einen Blick zurück auf diese Schulbesuche.**

**Anja:** Ich wollte mich in aller Ruhe ohne Wahlkampfgetöse, Mitte der Legislaturperiode und vor den Beratungen über den Doppelhaushalt 2016/17 von den zuständigen Rektor\*innen über den Zustand und den Bedarf ihrer Schulen informieren lassen. Es war sehr erfreulich, wie offen, herzlich und intensiv unsere Gespräche waren. Dabei ging es nicht

nur um den Zustand der Toiletten, aber der teilweise erbärmliche Zustand der Klassenräume und Lehrerzimmer hat mich erschüttert. Es gab dabei Schulen, die ihre Fenster vernagelten, damit die nicht rausfallen, Treppen waren gesperrt, Flurabschnitte ebenso.

**Mahi:** Ja, die Gespräche waren intensiv und es wurde deutlich, dass auf Landesebene getroffene Entscheidungen hier im Bezirk ausgebaut werden müssen. Wir kämpfen seit drei Jahren gegen strukturelle Diskriminierung und zeigen die unterschiedlichen Lernausgangslagen im Norden und Süden Neuköllns auf. Ja zum Bonus-Programm, aber wir brauchen eine Regelfinanzierung und jede Schule hat individuelle Bedarfe, also sollte auch jede Schule Gelder erhalten.

**Anja:** Es ging auch um den Lehrkörper und wie man mit den übersichtlichen Mitteln, die zur Verfügung stehen, die Schüler\*innen bestmöglich beschulen kann. Fast alle Rektor\*innen bemängelten den hohen Verwaltungsaufwand, dass es keine Fachleute dafür an den Schulen gibt und die Aufgabe bei den Rektor\*innen „hängen bleibt.“ Dazu kommt die Pensionswelle. Es ist schwer, gutes Personal zu halten, wenn sich der Lehrkörper langsam auflöst. Die Neuen werden konsequent schlechter bezahlt, da sie nicht mehr verbeamtet werden und der Gehaltsunterschied nicht anders ausgeglichen wird.

**Mahi:** Ich bin der Meinung, dass Politik die Rahmenbedingungen schaffen muss, dass jede Schule eine

gute Schule sein kann, dass der Schultag auch Arbeitstag der Schüler\*innen ist. Segregierte Klassen, eine hohe Schulabbrecher\*innenquote, eine zu niedrige Bestehensquote bezüglich der Berufsbildungsreife und des

Stadträtin und künftige Bürgermeisterin hier nicht die Chance zum Wandel ergreift. Sie kann jetzt zeigen, dass sie – anders als ihr Vorgänger – den großen Worten auch große Taten folgen lässt. Denn ein Campus Rütli macht noch keinen Schul-Sommer. Wir erinnern uns – der „Brandbrief“, der alles in Gang setzte, wurde 2006 geschrieben. Der Realisierungszeitraum beträgt 12 Jahre. Das ist sehr langfristig gedacht, es lohnt sich aber, wenn das Ergebnis stimmt.

**Mahi:** Ja, aber es gibt noch andere Baustellen. Kulturelle Ausdruckstärke geht im Bildungssystem verloren. Was ich auch sehr kritisch sehe ist die Defizit-Orientierung und die Diskussion in der Bezirkspolitik bezüglich Schule. Ganze Elternhäuser werden polarisiert, Klischees bedient, die eine Schüler\*innenschaft in Deutsche und Migrant\*innen trennen. Die Dynamik einer Elternschaft geht verloren und ihnen wird Bildungsferne zur Last gelegt. Sprachdefizite werden ausschließlich mit Schüler\*innen nicht deutscher Herkunft assoziiert. Die Sprachangebote an Schulen werden derzeit evaluiert, warten wir das Ergebnis ab.

**Anja:** Wir zeigen seit Jahren, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen Land und Kommune schrittweise Erfolg bringt. Wir machen weiter!



„Politik muss die Ohren auf die Schienen legen“ sagte eine Neuköllner Rektorin zu Mahi Christians-Roshanai und Anja Kofbinger.

Mittleren Schulabschlusses, Sprachförderung, die Schulneubauten wie auch Willkommensklassen sind unsere Themen. Dass sich die Zahl der Schüler\*innen im Probejahr des Gymnasiums reduziert hat, ist auch unser Verdienst. Wir wollen Inklusion und keine Segregation, aber Neukölln hat kein Inklusionskonzept.

**Anja:** Willst du Neukölln vorne sehen, musst du die Tabelle drehen – ein unabwendbares Schicksal? Nein, keinesfalls! Darüber hinaus müssen wir auch handeln und zwar zügig. Ich frage mich, wie das mit dem Credo der SPD-Bildungsexpert\*innen „Die ärmsten Quartiere/Kieze brauchen die besten Schulen“ zusammengeht?

In einer Schule können sich die Lehrenden vorstellen, die Schule für ein Jahr zu schließen und einen kompletten Neustart vorzunehmen. Das kostet Geld und Ressourcen. Ich frage mich, warum die scheidende Bil-

## Kostenfreie Schulberatung

Die grüne BVV-Verordnete Mahi Christian-Roshanai bietet eine regelmäßige, kostenfreie Schulberatung an. Hier werden allen Eltern und Schüler\*innen Fragen rund um die Schule beantwortet. Mahi Christians-Roshanai ist ausgebildete Lehrerin, betreibt eine interkulturelle Schülerhilfe in Neukölln und setzt sich seit 15 Jahren für den Bildungserfolg von benachteiligten Schüler\*innen ein. Sie engagiert sich in Neuköllner Bildungsnetzwerken und unterstützt u.a. die Projekte „Schule ohne Rassismus-Schule mit Courage“ und „Dialog in Schule“. Sie ist Mitglied der BVV-Ausschüsse für Bildung, Schule und Kultur sowie Integration und des Migrationsbeirats. Die Schulsprechstunde findet statt jeden Donnerstag (Ausnahme: Feiertage, Schulfest) von 11-13 Uhr im Grünen Bürger\*innenbüro, Wipperstraße 25, 12055 Berlin, 030/680 833 99

## FRAUEN- UND GLEICHSTELLUNGSPOLITIK AUF LANDESEBENE

## Frauenpolitischer Stillstand in der Koalition

Wir Grünen kämpfen auf Landesebene schon lange für echte Chancengleichheit, Selbstbestimmung und Teilhabe an der Gesellschaft, unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität, kultureller wie sozialer Herkunft, Befähigung und Alter. Doch in Berlin blockieren die Koalitionsfraktionen in gewohnter Manier, wenn es um eine moderne und innovative Frauen- und Gleichstellungspolitik geht. Wir haben es parlamentarisch in den letzten drei Jahren auf fast allen Politikfeldern versucht, doch der Senat zeigte fast durchgehend keine Reaktion.

Ein Thema, das in Berlin dringend angegangen werden muss, ist der Kampf gegen Gewalt an Mädchen und Frauen. Wir wollen Frauen auf der Flucht besonders schützen, wir fordern ein Bleiberecht für Opfer von Menschenhandel sowie die Einrichtung eines nationalen Referenzentrums gegen Genitalverstümmelung und haben hierzu Anträge eingebracht. Wir wollen die anonyme Spurensicherung auch in Berlin (als letztem Bundesland!) einführen, wirksam vor K.O.-Tropfen schützen und einen runden Tisch Prostitution einrichten. Ein aktuelles Thema ist Sexismus in der Werbung, denn diskriminierende und frauenfeindliche Werbung stellt zunehmend ein Problem dar. Wir se-

hen in der Auseinandersetzung mit sexistischer Werbung auch die Werbewirtschaft in der Verantwortung. Daher soll nach Wiener Vorbild eine Werbewatchgroup eingerichtet werden, einen entsprechenden Antrag hat die Grüne Fraktion bereits im letzten Jahr zum Internationalen Frauentag ins Berliner Abgeordnetenhaus eingebracht. Auch bei der Bekämpfung von Gewalt im Internet gegen Frauen und Mädchen hat der Senat bisher nichts Konkretes vorzuweisen. Wir arbeiten intensiv an dem Thema und wollen in einem Fachgespräch mit Expert\*innen ausloten, was hier getan werden muss.

Auch die Umsetzung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting sowie die gerechte Verteilung von europäischen Fördermitteln ist in der Berliner Verwaltung bisher nicht umgesetzt. Ein Beispiel für die durchgängige Arbeitsverweigerung des Senats in Sachen Gleichstellungspolitik ist unser Gesetzentwurf zum Landesgleichstellungsgesetz (LGG), den wir vor genau zwei Jahren dem Senat vorgelegt haben. Bis heute haben wir dazu keine Stellungnahme erhalten. An einer Ausführungsvorschrift für das LGG arbeitet der Senat bereits seit einem Jahr. Trotz der offiziellen Auskunft, die Vorschrift befände sich in

der Endabstimmung, antwortete der Justizsenator auf meine mündliche Anfrage, ob die enorme Zeitverzögerung bei der Fertigstellung auch auf sein Ressort zurückzuführen sei, nur lapidar, der Vorschlag sei ihm noch nicht vorgelegt worden.

## Neues Antidiskriminierungsgesetz schaffen und das Thema „Vielfalt in Berlin“ setzen

Es war egal, welches Gleichstellungsthema wir gesetzt haben – die Koalition war jedes Mal noch nicht so weit. Laut Koalitionsvereinbarung werden zwar Diskriminierungsschutz und Diversity Mainstreaming als Querschnittsaufgaben verstanden, doch echte Ergebnisse hat der Senat nicht vorzuweisen. Dies verwundert nicht, wurde doch in der Verwaltung für die Umsetzung dieser Aufgabe lediglich eine halbe Stelle geschaffen. Doch wer Neues etablieren will, muss auch bereit sein, die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Die Zeit drängt, wir Grüne wollen für Vielfalt auch einstehen und haben daher einen ersten Entwurf zu einem neuen Antidiskriminierungsgesetz in Berlin geschrieben. Das Gesetz wird von der Veranstaltungsreihe „Diversity in Berlin gestalten“ begleitet. Bei vier Veranstaltungen wollen wir aufzeigen, wie Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik in einer modernen Großstadt aussehen muss. Kurz nach Ostern möchten wir auf der ersten Veranstaltung mit interessierten Parteimitgliedern und der Stadt-

gesellschaft ins Gespräch kommen, wie unser Berlin in Zukunft aussehen soll. Denn eins haben die letzten drei Jahre gezeigt, wenn wir es nicht tun, tut es niemand.

Anja Kofbinger, MdA & Julia Maria Sonnenburg

## Grüne Abgeordnete im Fokus

Die Stachel-Redaktion hat sich dafür entschieden, in diesem Jahr jeweils eine Schwerpunktausgabe unseren beiden direkt gewählten Abgeordneten für Neukölln zu widmen und unseren Leser\*innen deren Arbeit sowohl im Abgeordnetenhaus als auch hier vor Ort im Bezirk näher vorzustellen.

Den Auftakt macht im Frauenmonat März Anja Kofbinger, zuständig für den Nordneuköllner Wahlkreis 1 und seit 2006 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Sie ist stellvertretende Vorsitzende der Grünen Fraktion, Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Integration und Frauen und Mitglied im Petitionsausschuss. Als frauen- und queerpolitische Sprecherin setzt sie sich besonders für die Rechte von Frauen, Lesben, Schwulen und Trans\* ein und im Petitionsausschuss engagiert sie sich für die Interessen von ALG-II-Empfänger\*innen.

Anja ist gelernte Vermessungstechnikerin und lebt seit 16 Jahren im Reuterkiez. Sie ist regelmäßig im Bezirk unterwegs, besucht Vereine und Projekte und hat immer ein offenes Ohr für die großen und kleinen Probleme der Neuköllner\*innen. Mehr zu Anja und ihrer Arbeit gibt es unter [www.kofbinger.de](http://www.kofbinger.de).

In der nächsten Ausgabe steht Susanna Kahlefeld und ihre Arbeit im Mittelpunkt.



Anja Kofbinger mit Finanzler Axel von Zepellin und Vorstandsmitglied Christian Hoffmann. Foto: Daniel Schimke

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„...zu viel, zu schnell, zu krass.“ Christian, 42 Jahre

## EQUAL PAY DAY

# Gleiche Arbeit, gleiches Geld!

Der Equal Pay Day (EPD) ist der internationale Aktionstag für Entgeltgleichheit. Er markiert symbolisch den geschlechtsspezifischen Entgeltunterschied – den sogenannten Gender Pay Gap –, der in Deutschland laut Statistischem Bundesamt aktuell 22 Prozent beträgt. Um auf dasselbe Gehalt wie ein Mann in demselben Beruf bei derselben Qualifikation zu kommen, muss eine Frau 79 Tage mehr in diesem Jahr arbeiten, also bis zum 20. März. In anderen Ländern fällt der EPD in diesem Jahr entsprechend des landesspezifischen Paygap auf andere Termine.

Trotz aller Appelle und Selbstverpflichtungen bildet die Bundesrepublik damit eines der Schlusslichter in der Europäischen Union. Frauen arbeiten seltener in gut bezahlten Bran-

chen und höheren Positionen. Sie unterbrechen oder reduzieren ihre Erwerbstätigkeit häufiger und länger aufgrund von Fürsorgearbeit und fordern bei Gehaltsverhandlungen weniger.

## Auch in Berlin keine Entgeltgleichheit

In Berlin lässt sich die zuständige Senatorin für Arbeit und Frauen gerne dafür loben, dass geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede nicht so stark ausfallen wie andernorts. Doch auch in Berlin arbeiten viele erwerbstätige Frauen in schlecht entlohnten Branchen, oft teilzeitbeschäftigt. Konkrete Strategien, um dies nachhaltig zu ändern, gibt es jedoch nicht. In der Antwort auf eine schriftliche Anfrage von Anja Kofbinger, MdA, welche Maßnahmen der Senat zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischen Unterschieden bei Einkommen und Verdienst in Senatsverwaltungen, landeseigenen Betrieben und Beteiligungsunternehmen ergriffen hat, wurde die Verantwortung weggeschoben: man verwies auf das Landesgleichstellungsgesetz und schob den Unternehmen den schwarzen Peter zu.

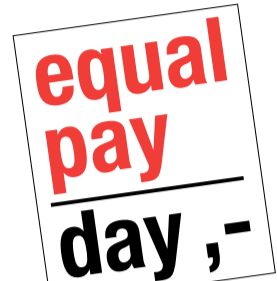
## Für verbindliche gesetzliche Regelungen

Doch für das Gesetz hat die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen noch immer nicht die längst überfälligen Ausführungsvorschriften erarbeitet, außerdem regelt es nicht den Umgang mit Sonderzahlungen. Boni und Zuschläge machen jedoch einen entscheidenden Unterschied beim Einkommen aus, sie fallen bei Frauen im Durchschnitt um 40,7% geringer aus als bei Männern. Auch hier ist die Senatorin noch immer nicht tätig geworden. Warum bleibt sie so passiv und setzt sich gegenüber ihren Senatskolleg\*innen nicht durch?

Wir fordern seit langem einen Gehalts-Check, der alle Zahlungen berücksichtigt und auch Zuwendungen außerhalb des gesetzlichen Rahmens einbezieht. Langfristig jedoch brauchen wir geschlechtergerechtere Arbeitsbewertungssysteme und eine Arbeitszeitpolitik, die es Frauen und Männern ermöglicht, Fürsorge- und Erwerbsarbeit miteinander zu vereinbaren, und: gerecht aufzuteilen. Lippenbekenntnisse reichen uns nicht

mehr. Wir fordern den Berliner Senat und die Bundesregierung dazu auf, endlich zu handeln und dieses Thema mit der gebotenen Entschlossenheit anzugehen. Wir brauchen verbindliche gesetzliche Regelungen für echte Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt.

Anja Kofbinger, MdA & Julia Maria Sonnenburg



## Equal Pay Day 2015

Gemeinsam mit dem Equal-Pay-Day-Bündnis aus Deutschem Gewerkschaftsbund, Sozialverband Deutschland und dem Deutschen Frauenrat gehen wir am 20. März 2015 wieder auf die Straße. Die Kundgebung „Recht auf Mehr!“ beginnt um 12 Uhr auf dem Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor. Den Demoaufruf gibt es hier: [gruenlink.de/whu](http://gruenlink.de/whu), weitere Infos zum Equal Pay Day hier: [www.equalpayday.de](http://www.equalpayday.de)

## MEINE WAHLKREISARBEIT

# Unterwegs in Neukölln

Seit 16 Jahren ist Neukölln nun schon meine Heimat. Selbstverständlich ist mir daher auch mein politisches Engagement für meinen Wahlkreis und den Bezirk eine Herzensangelegenheit. An Themen, die dringend auf den Tisch müssen, mangelt es hier nie. Wir brauchen für Neukölln eine nachhaltige Politik für Kinder und Jugendliche, mehr Bildung, mehr Respekt gegenüber anderen und sozialverträgliche Mieten, damit Neukölln nicht in Armen- und Reicheghettos zerfällt.

## Kiezgespräche

Regelmäßig organisiere ich daher Kiezgespräche zu relevanten Neukölln-Themen und lade die Bürger\*innen dazu ein, zusammen mit mir und Expert\*innen ein bestimmtes Thema zu beleuchten. Die daraus resultierenden Lösungsansätze versuche ich dann in meine poli-

tische Arbeit sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksebene einzubringen. Letztes Jahr haben wir gemeinsam über Themen wie Schulen in Neukölln oder die Entwicklung der Mieten gesprochen. Auch dieses Jahr stehen wieder vielfältige Kiezgespräche zu Bereichen wie „Fahrradfreundliches Neukölln“, soziale Ökonomie oder die Mietpreisbremse an. Aktuelle Termine finden Sie auf meiner Webseite.

## Ärger mit oder Anregungen für den Bezirk und die Stadt? Her damit!

Als Mitglied im Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses bin ich natürlich besonders daran interessiert, dass auch Neuköllner\*innen ihre Anregungen und Beschwerden in Form von Petitionen an das Abgeordnetenhaus oder das Bezirksamt

richten. Egal ob es um Ärger mit den Ämtern, Schulen oder der Verwaltung

allgemein geht, gerne stehe ich Ihnen diesbezüglich beratend zur Seite. Unter anderem biete ich monatlich in unserem Grünen Bürger\*innen Büro eine Sprechstunde an, in der wir uns Ihr Anliegen gemeinsam anschauen können.

Auch bei meinen regelmäßigen Stachel-Verteilaktionen, bei denen ich die aktuellen Stachel-Ausgaben sowie frische Bio-Äpfel unter die Bewohner\*innen meines Wahlkreises bringe, komme ich mit vielen Menschen ins Gespräch und bekomme die aktuellen Probleme und Entwicklungen der Kieze aus erster Hand mit.

## Besuche bei Vereinen und Schulen

Ich freue mich sehr darüber, dass es in Neukölln so viele Vereine und Initiativen gibt, die den Bezirk durch ihr Engagement bunter und lebendiger machen und die Bürger\*innen, die Hilfe benötigen, tatkräftig unterstützen. Durch regelmäßige Besuche der Vereine versuche ich, mir ein aktuelles Bild von ihrer Arbeit zu machen und mich für ihre Belange stark zu machen. Besonders hat es

mich auch gefreut, dass bei dem von unserer Fraktion jährlich verliehenen Hatun-Sürücü-Preis für Initiativen, die Mädchen und junge Frauen in ihrer Selbstbestimmung unterstützen, schon mehrere Neuköllner Projekte ausgezeichnet wurden.

Auch die Situation der Schulen liegt mir sehr am Herzen, was mich dazu bewegte, mich mit den Rektor\*innen der Schulen meines Wahlkreises zu treffen, um mehr über ihre Bedarfe zu erfahren.

## Unser Grünes Bürger\*innen Büro

Vor einem Jahr haben meine Kollegin Susanna Kahlefeld und ich gemeinsam unser Grünes Bürger\*innen Büro in der Wipperstrasse 25 eröffnet. Dieses ist regelmäßig von unseren Mitarbeiterinnen besetzt und dient als Veranstaltungsort für Kiezgespräche, Bürger\*innen-Sprechstunden, Schulberatungsangebote und kulturelle Veranstaltungen. Wir würden uns sehr freuen, Sie einmal bei uns begrüßen zu dürfen!

Anja Kofbinger, MdA



Bild: [www.frauenkampftag2015.de](http://www.frauenkampftag2015.de)

## Internationaler Frauentag 2015

Auch an diesem 8. März gehen wir wieder auf die Straße. Wir laden Euch herzlich dazu ein, mit uns gemeinsam für eine geschlechtergerechte und feministische Gesellschaft zu demonstrieren. Die Frauen\*kampftag-Demo wird auch 2015 von einem breiten und überparteilichen, feministischen Bündnis organisiert und findet in diesem Jahr unter dem Motto: „Feministische Kämpfe verbinden!“ statt. Weitere Infos dazu hier: [www.frauenkampftag2015.de](http://www.frauenkampftag2015.de)

## INTERNATIONALER FRAUENTAG

# Kampf den Ewiggestrigen

Am 8. März begehen wir wie jedes Jahr den Internationalen Frauentag, um an den Kampf für die Gleichstellung von Frauen zu erinnern. Wir möchten feiern, was wir alles schon erreicht haben. Denn viele Rechte, die wir heute für selbstverständlich halten, haben Frauen vor uns einst hart erkämpfen müssen. Jene Frauen wollen wir an diesem Tag würdigen und an die Frauen überall auf der Welt denken, die noch bewegende Kämpfe vor sich haben.

Denn von einer echten Gleichstellung sind wir noch weit entfernt. Arbeit und Macht sind zwischen den Geschlechtern noch immer extrem ungleich verteilt. Frauen verdienen weniger, arbeiten wesentlich häufiger als Männer in prekären Beschäftigungsverhältnissen und sind eher von Arbeitslosigkeit und Altersarmut bedroht. Der Frauenanteil in Aufsichts-

räten und Vorständen ist beschämend gering. Doch nicht nur in der Wirtschaft, auch in der Politik sind Frauen in Führungspositionen noch immer deutlich unterrepräsentiert, vor allem in der Kommunalpolitik. Der Frauenanteil in Führungspositionen liegt hier bei fünf Prozent, nur jede zehnte Kommune wird von einer Frau regiert.

## Gewalt an Frauen

Hochaktuell ist auch der Kampf gegen Gewalt an Frauen. Laut WHO ist Gewalt eines der größten Gesundheitsrisiken von Frauen weltweit. In Kriegsgebieten und auf der Flucht sind Frauen und Mädchen ganz besonders von genderbasierter und sexualisierter Gewalt betroffen. In der Bundesrepublik erlebt jede dritte Frau im Laufe ihres Lebens körperliche und/oder sexualisierte Gewalt,

jede siebte sogar schwere sexualisierte Gewalt. Doch kaum eine Tat wird angezeigt, denn aufgrund der skandalösen Gesetzeslage führt nur ein Bruchteil der angezeigten Vergewaltigungen auch zu einer Verurteilung des Täters. Auch Sexismus und sexualisierte Belästigung werden gesellschaftlich noch immer bagatellisiert. Der Hashtag #aufschrei machte vor zwei Jahren auf den nach wie vor omnipräsenten Alltagssexismus aufmerksam. Die Bedrohung frauenpolitischer Akteur\*innen im Internet wird zunehmend zum Problem. Gut organisierte Gegner\*innen initiieren Hate Speeches und äußern persönliche Bedrohungen gegen Leib und Leben.

## Europaweiter antifeministischer Backlash

Die Notwendigkeit von feministischem Aktivismus wird derzeit

wieder einmal von vielen Seiten in Frage gestellt, dabei ist sie angesichts eines wachsenden antifeministischen Backlashs mehr denn je gefordert. Eine Allianz der Ewiggestrigen aus Gruppierungen rund um die AfD macht Stimmung gegen den „Genderwahn“. Der „Marsch für das Leben“, bei dem evangelikale Aktivist\*innen Frauen das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper absprechen, hatte im letzten Jahr wieder zahlreiche prominente Unterstützer\*innen aus Politik und Kirche. Europaweit werden rückwärtsgewandte Stimmen lauter, rechtspopulistische Parteien mit sexistischen und homophoben Positionen erstarben. Wir werden auch zukünftig für unsere Rechte einstehen und kämpfen müssen!

Anja Kofbinger, MdA & Julia Maria Sonnenburg



## DAS BERLINER REGISTER – BEZIRK NEUKÖLLN

Das Register Neukölln dient seit Mai 2013 zur Erfassung von rassistischen, antisemitischen, LGBTTIQ\*-feindlichen, antisozialistischen, rechtsextremen und anderen diskriminierenden Vorfällen. Im Berliner Vergleich ist die Anzahl der rechtsextremen Vorfälle in Neukölln relativ hoch. Doch was versteht mensch unter „rechtsextremen Vorfällen“? Hier geht es u.a. auch um Meldungen von Aufklebern mit rechtem Inhalt, Sprühereien, Pöbeleien, Steckaktionen von rechten Flugblättern, die selten der Polizei gemeldet werden. Dieses niedrigschwellige Angebot dient auch der öffentlichen Wahrnehmung und der Beobachtung, wo sich Rechtsextremist\*innen bewegen. Durch die Informationen über bestimmte Gebiete, in denen rechte Aufkleber zu finden waren, konnten sich Engagierte zusammenschließen und diese entfernen. Auch ist es wichtig, ein Gefühl dafür zu entwickeln, selbst betroffen sein zu können oder Betroffene zu kennen, um sich solidarisieren zu können.

Vor allem im Süden Neuköllns sind rechte Umtriebe sichtbar, hier sind Neonazis sehr aktiv. Als die ersten Meldungen über eine geplante Unterkunft für Geflüchtete in Britz aufkamen, hat sich die NPD sofort mit Flugblättern an die Anwohner\*innen gewandt und versucht, für ein rassistisches Klima zu sorgen. Britz und Rudow sind als Schwerpunktgebiete für rechte Aktivitäten bereits 2007 im Verfassungsschutzbericht benannt worden. Hauptsächlich im Süden finden auch Infostände der Rechten statt. Egal ob es um Wahlkampfstände demokratischer Parteien geht oder um Veranstaltungen von zivilgesellschaftlich Engagierten – die NPD versucht immer wieder Andersdenkende einzuschüchtern. Zum Internationalen Tag gegen Rassismus 2014 hat ein breites Bündnis in Rudow Flagge gezeigt, unweit dieser Veranstaltung veranstaltete die NPD einen Infostand und hatte sogar Udo Voigt (mittlerweile MdEP) dazu geladen. Solche Beobachtungen werden zusammengefasst und im Rahmen der Registerstelle genutzt. Als Träger für die Registerstelle ist Amaro Foro e.V. tätig. Amaro Foro e.V. ist ein Verein von jungen Roma und Nicht-Roma, die u.a. Beratungen für Menschen aus Bulgarien und Rumänien anbieten und auch Antiziganismus dokumentieren. Die Neuköllner Grünen unterstützen diese Arbeit und sind als eine der Ersten als „Außenstelle“ für Betroffene erreichbar. In unserer Geschäftsstelle finden Menschen Gehör und Unterstützung, gerne auch per Mail unter [info@gruene-neukoelln.de](mailto:info@gruene-neukoelln.de)

Weitere Infos:  
[www.berliner-register.de/neukoelln](http://www.berliner-register.de/neukoelln)  
Amaro Foro e.V.,  
[register@amaroforo.de](http://register@amaroforo.de)

**Caro Scheibe-Köster**  
Sprecherin der AG  
Aktiv gegen Rechts

## MIGRANTISCHE ÖKONOMIE IN BERLIN

# Ungenutztes Potential aus 170 Ländern

Viele Berliner\*innen sind Migrant\*innen oder haben einen Migrationshintergrund. Gerade zurzeit profitiert Berlin erheblich von Zuzügen vor allem aus dem europäischen Ausland, aber auch darüber hinaus. Hatte 2006 noch knapp ein Viertel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund, stieg dieser Wert bis 2014 auf fast ein Drittel. Da dies insbesondere für die Altersgruppe bis 20 gilt, wird der Anteil der Berliner Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den nächsten Jahren weiter steigen. Von Berliner\*innen mit Migrationshintergrund geführte Betriebe dürften nach Schätzungen mittlerweile ca. 20% ausmachen.

Gerade in den Innenstadtbezirken gibt es eine stark quartiersbezogene migrantische Ökonomie, die von wichtiger Bedeutung für die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs ist. Dabei leistet die migrantische Ökonomie einen erheblichen Beitrag für die Versorgung sowohl für die eigene kulturelle Community wie auch darüber hinaus für alle anderen Berlinerinnen und Berliner. Inzwischen fassen auch immer mehr Migrant\*innen Fuß in den qualifizierten Dienstleistungen, in Bereichen wie Gesundheit, Rechtsvertretung, Ingenieurtechnik etc.

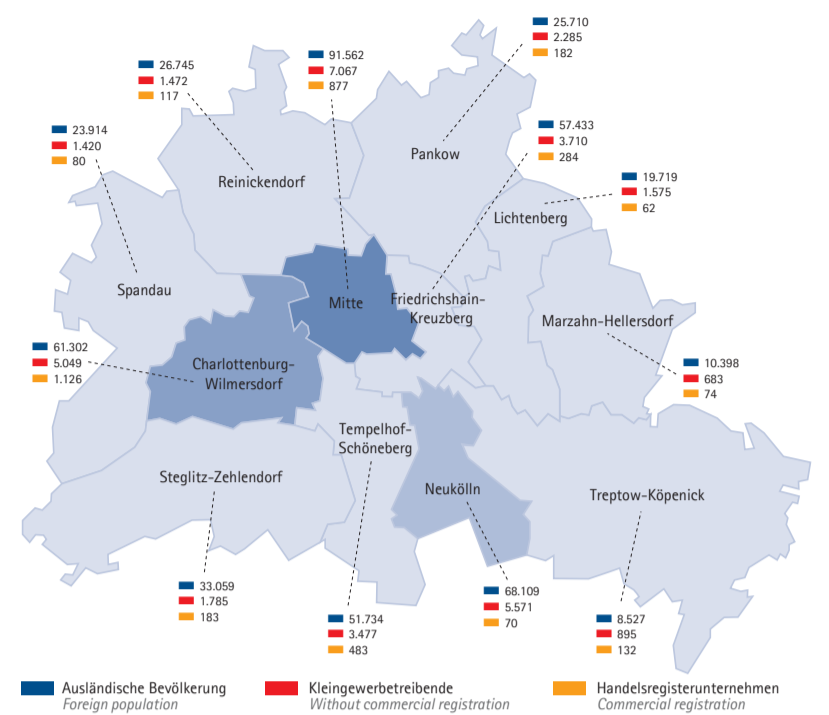
### Paradoxe Problemlage behindert Entwicklung

Allerdings gibt es vielfältige Probleme, vor denen migrantische Unternehmen bei der Gründung und im Betrieb stehen. Vor allem gibt es Schwierigkeiten beim Zugang zu Finanzierung, zu den Förderinstitutionen und auch Kommunikations-schwierigkeiten mit öffentlichen Genehmigungs- und Kontrollbehörden sowie der Überschaubarkeit bürokratischer Vorgaben. Migrant\*innen stehen hier vor einer paradoxen Problemlage: Während sie einerseits aus unterschiedlichen Gründen in die Selbstständigkeit drängen, lokale Versorgungsfunktionen ausfüllen und damit ihren Beitrag für die Berliner Wirtschaft leisten wollen, sehen sie sich gleichzeitig einer Fülle von Hindernissen gegenüber. Auch auf dem Arbeitsmarkt werden Berliner\*innen mit Migrationshintergrund immer wieder vor außerordentlichen Schwierigkeiten gestellt und müssen sich häufig vielfältigen Vorurteilen stellen.

Wir Grüne fordern eine verstärkte Förderung und Unterstützung der migrantischen Ökonomie sowie mehr Unterstützung beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Gerade in der Wirtschaft ist eine intensivere Zusammenarbeit migrantischer Unternehmensverbän-

**FÜR MICH IST NEUKÖLLN:**

„...Slalomlauf um den Sperrmüll.“  
Fatima, 43 Jahre



Verteilung der ausländischen Gewerbe und Bevölkerung in den Berliner Bezirken.

Quelle: IHK Berlin, Creditreform Berlin Wolfram KG, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

de mit Politik, Kammern, Fachverbänden und Verwaltung notwendig. Dabei sind nicht nur Verbände einzubeziehen, sondern auch Einzelpersonen und Unternehmen. Auch ist es erforderlich, mehr wirtschaftsbezogene Veranstaltungen durchzuführen, die sich explizit und zielgruppenbezogen an Migrant\*innen wenden. Dabei wird auch die Berliner Wirtschaft feststellen, dass gerade Migrant\*innen einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Fachkräftefrage leisten könnten

In Berlin betreiben Menschen aus

170 Ländern ein Gewerbe – wir sollten das Potential, das sich hieraus für die Berliner Wirtschaft ergibt, nutzen. Die Förderung und Unterstützung migrantischer Ökonomie wäre aktive Integrationspolitik und Wirtschaftspolitik zugleich. Sie muss durch gezielte Förder- und Unterstützungsmaßnahmen als vollwertiger und wertschöpfender Bestandteil der Berliner Wirtschaft in das Bewusstsein von Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit gerückt werden.

**Bola Olalowo, MdA**

Wirtschaftspolitische Sprecher

## DER HATUN-SÜRÜCÜ-PREIS 2015

# Preiswürdiges Engagement für weibliche Selbstbestimmung

Anlässlich des 10. Todestages von Hatun Sürücü verliehen Anja Kofbinger und Susanna Kahlefeld am 13. Februar 2015 zum dritten Mal den Hatun-Sürücü-Preis der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin. Über hundert Menschen nahmen an der festlichen Preisverleihung mit anschließendem Empfang im Festsaal des Abgeordnetenhauses teil.

### Hatun Sürücü – eine mutige Frau

Die Namensgeberin des Preises wurde Opfer eines sogenannten Ehrenmordes, weil sie ein selbstbestimmtes Leben führen wollte. Doch Hatun ist für uns nicht nur das Opfer einer Gewalttat: Sie war eine starke Frau, die sich aus einer Zwangshe befreite, als Alleinerziehende die Verantwortung für ihren Sohn übernahm und selbstbewusst einen "Männerberuf" ergriff. Um das Vorbild ihres Mutes zu ehren, rief die Grüne Fraktion vor drei Jahren den Preis ins Leben, mit dem Personen und Projekte ausgezeichnet werden, die sich für die Selbstbestimmung junger Frauen und Mädchen einsetzen. Auch in diesem Jahr haben sich wieder zahlreiche großartige Projekte beworben, ihr Engagement möchten wir in den Mittelpunkt stellen.

### Erster Preis für das interkulturelle Café Pink

Neben Anja Kofbinger und Susanna Kahlefeld waren in diesem Jahr



Preisträger\*innen und Kuratorinnen des Hatun-Sürücü-Preises 2015.

Foto: Claudia Christine Schmidt

Roswitha Itong Ehrke, Geschäftsführerin von Seitenwechsel e.V., Katja von der Bey, Geschäftsführerin und im Vorstand der WeiberWirtschaft, und Adama Thorlie von Ayekoo e.V. in der Jury vertreten. Sie vergaben den ersten Preis an das Café Pink aus Schöneberg ([www.cafepink.de](http://www.cafepink.de)). Der interkulturelle Treffpunkt für Mädchen und junge Frauen bietet seit über 20 Jahren Kultur-, Beratungs- sowie Bildungsangebote und schafft Freiräume zum Schutz vor Gewalt und Funktionalisierung. Über allen Angeboten steht die Aneignung von Wissen und Selbstreflexion mit einem interkulturellen und feministischen Ansatz, Migrationsunterschiede werden als wertvolle Ressource betrachtet.

Die Stifterin des Preisgeldes in Höhe von 500 €, Prof. Claudia Gather von der Hochschule für Wirtschaft und Recht, überreichte die Auszeichnung.

### Ebenfalls ausgezeichnet: SIS und LIFE e.V.

Der mit 300 € dotierte zweite Preis ging an das Projekt Strong Independent Sisters (SIS). Die Unternehmerin Jasmin Taylor fördert mit Bildungsangeboten geflüchtete Frauen in Deutschland, die hier studieren und arbeiten möchten. Aynur Boldaz-Özdemir, ebenfalls eine Frau, die als erfolgreiche Unternehmerin ihren Weg gegangen ist, überreichte den von ihr gestifteten Preis an die bemerkenswerte Initiatorin und Sponsorin der Initiative.

Den dritten Preis vergab die Jury an das Projekt LIFE Bildung-Umwelt-Chancengleichheit e.V. ([www.life-online.de](http://www.life-online.de)). Der Verein engagiert sich seit 25 Jahren für die Förderung und die Erweiterung des Berufsspektrums von Frauen insbesondere in MINT-Berufen. Frauen mit Kindern wird die Entwicklung einer beruflichen Perspektive ermöglicht, damit

sie nicht unfreiwillig in der Familienarbeit stecken bleiben. Karoline Killat, frauen- und geschlechterpolitische Sprecherin des Landesvorstands der Berliner Grünen, überreichte den Preis stellvertretend für die Firma Aerticket, die das Preisgeld in Höhe von 200 € gestiftet hatte.

Wir bedanken uns bei den Mitgliedern der Jury für Ihre Mitwirkung und bei den Stifter\*innen der Preisgelder, die die Verleihung des Hatun-Sürücü-Preises dieses Jahr ermöglicht haben. Unser größter Dank gilt jedoch jenen Projekten, die sich Tag für Tag tatkräftig und mit viel Herz für weibliche Selbstbestimmung einsetzen. Ihr Engagement ist für Mädchen und junge Frauen in Berlin unersetzlich.

### Bereits drei Projekte aus Neukölln ausgezeichnet

Wir freuen uns sehr, dass sich regelmäßig auch viele Projekte aus Neukölln für den Hatun-Sürücü-Preis bewerben. Im ersten Jahr der Verleihung wurde der Verein MaDonna Mädchenkult.Ur ([www.madonnaedchenpower.de](http://www.madonnaedchenpower.de)) ausgezeichnet, 2014 erhielten dann die HEROES ([www.heroes-net.de](http://www.heroes-net.de)) aus der Hermannstraße den zweiten und der Treff- und Informationsort e.V. (TIO, [www.tio-berlin.de](http://www.tio-berlin.de)) dritten Preis. Die Preisgelder flossen zurück in die Arbeit der Projekte. So finanzierte beispielsweise TIO damit einen Theaterworkshop. Dazu hatte TIO die taiwanische Künstlerin Chang Nai Wen eingeladen, die international als Regisseurin, Schauspielerin und interkulturelle Vermittlerin arbeitet. Ein wichtiges Ergebnis des Workshops war, dass sich die Frauen selbstbewusst gegen das Klischee „Migrantin = Opfer“ wehren konnten, mit dem sie immer wieder konfrontiert werden.

**Anja Kofbinger, MdA & Julia Maria Sonnenburg**



Politische Arbeit gerade auf lokaler Ebene funktioniert nicht ohne viel Engagement und Ehrenamt – aber eben auch nicht ohne Geld. Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen wollen, freuen wir uns über eine Spende auf folgendes Konto:  
**Bündnis 90/Die Grünen Neukölln**  
Berliner Sparkasse, BIC: BELADEBEXX  
IBAN: DE29 1005 0000 1470 0055 29

## GLEICHSTELLUNG IN LANDFRAGEN

## Mit Frauenrechten gegen Hunger und Armut

Landfragen waren zu allen Zeiten Machtfragen, daran hat sich bis heute nichts geändert. Diese Macht ist heutzutage nicht nur sehr ungleich zwischen Kleinbäuer\*innen und Großgrundbesitzer\*innen verteilt, sondern auch extrem ungleich zwischen Frauen und Männern. Dies irritiert umso mehr, wenn man bedenkt, dass Frauen weltweit knapp die Hälfte der in der Landwirtschaft Arbeitenden stellen. In den letzten Jahrzehnten ist dieser Anteil kontinuierlich gestiegen, weil Kriege, HIV und Armutsmigration von Männern große Lücken in der Landbevölkerung hinterlassen haben.

In den sogenannten Entwicklungsländern produzieren Frauen inzwischen 60-80% der Nahrung (Bericht der Food and Agriculture Organisation of the United Nations/FAO, 2009: Woman and Rural employment). Während in großen Teilen Europas und der USA der Anteil der im Agrarsektor tätigen Frauen unter 5% liegt, stellt z.B. in Ländern wie Nepal, Niger, Ruanda und Burundi die Arbeit in der Landwirtschaft den Haupterwerbsbereich für Frauen dar (über 95%, Heinrich Böll Stiftung: Bodenatlas 2015).

Trotz des großen Arbeitseinsatzes in der Landwirtschaft besitzen Frauen

selten mehr als 10% der Landflächen. In Kenia sind es z.B. nur 5%, obwohl hier 98% der vollzeiterwerbstätigen Frauen in der Landwirtschaft aktiv sind. In vielen Bergregionen Afghanistans leisten Frauen 100% der landwirtschaftlichen Arbeit. In Uganda erfolgen 85% der Feldarbeit und 98% der Verarbeitung dieser Produkte durch Frauenhände, in der südostasiatischen Reisproduktion sind 90% der Tätigen Frauen (FAO, 2010-11: The State of Food and Agriculture).

## Armut ist weiblich, Politik männlich

Würden Frauen den gleichen Zugang zu Landbesitz, Geld und Bildung erhalten, ließe sich der Ertrag kurzfristig um 20 bis 30% steigern (FAO, 2009: Woman and Rural employment). Dies könnte in einigen Regionen Hunger und die Abhängigkeit von Unterstützungsleistungen vollständig beseitigen. Die FAO geht von einer weltweiten Reduzierung der von Hunger betroffenen Menschen um 12-17% aus.

Die Schaffung von Chancengleichheit bedeutet also gleichzeitig effektive Armuts- und Hungerbekämpfung. Derzeit sind 70% der von



Eine Bäuerin verkauft ihre Ernte auf einem Markt in Malaysia.  
Foto: Padmanaba01/flickr.com - CC BY-SA 2.0

Armut Betroffenen Frauen. Doch was ändert Politik in einer Welt, in der 2014 nur in 19 Ländern die Staats- oder Regierungschefs und nur knapp ein Viertel der Parlamentarier\*innen weltweit weiblich sind?

1979 wurde das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) von der UN verabschiedet, das in § 14 explizit „...geeignete Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung... in ländlichen Gebieten“ fordert, um „... insbesondere das Recht auf Zugang zu landwirtschaftlichen Krediten, Darlehen, Vermarktungseinrich-

tungen und geeigneten Technologien sowie Gleichbehandlung im Rahmen von Boden- und Agrarreformen und ländlichen Umsiedlungsaktionen“ zu gewährleisten.

## Kontraproduktive Agrar“reformen“

Viele aktuelle Untersuchungen zeigen jedoch, dass sogenannte Agrarreformen meist das genaue Gegenteil bewirkt haben. Frauen wurde die Verfügung über Kollektiveigentum (Allmendeflächen), welches sie eigenverantwortlich bewirtschafteten, entzogen. Landverteilung zur

Armutsbekämpfung führte fast ausschließlich zur Übertragung an das Familienoberhaupt. Weltweit ist zu beobachten, dass ursprünglich kollektives (Staats-)Eigentum zunehmend privatisiert wird.

Das Ergebnis: Eine Spirale aus steigenden Kosten für Produktionsmittel und Agrarland, Landgrabbing durch multinationale Konzerne und Bodenverlust für die ansässige Bevölkerung, die „im besten Fall“ als Tagelöhner auf ihren alten Flächen weiterarbeiten „dürfen“.

## Deswegen gilt es...

- ... die rechtliche Gleichstellung von Frauen im Landrecht zu fördern.
- ... das Erbschaftsrecht zu reformieren.
- ... genderspezifische Hemmnisse zum kommerziellen Landerwerb zu beseitigen und gleiche Bildungschancen zu ermöglichen.
- ... Frauen aktiv an politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen.
- ... die Gleichberechtigung der Geschlechter konsequent in den Strategien der Kooperationsländer zur Armutsbekämpfung zu berücksichtigen.

Christian Hoffmann

Der Autor ist Bodenkundler und Landschaftsplaner und seit vielen Jahren in den Bereichen Bodenschutz und Umweltbildung tätig.

## GLEICHSTELLUNGSPOLITIK DER UNION

## Diskriminierung als Markenkern

Immer noch bestehen 54 Gesetze und Verordnungen, in denen Ehen und Lebenspartnerschaften unterschiedlich behandelt werden. Am bekanntesten und umstrittensten dabei ist die Ausgestaltung des Adoptionsrechts. Obwohl das Bundesverfassungsgericht schon 2013 festgestellt hat, dass „Unterschiede zwischen Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft, welche die ungleiche Ausgestaltung der Adoptionsmöglichkeiten rechtfertigen könnten, nicht [bestehen]“ auch weil „beide Partnerschaften gleichermaßen auf Dauer angelegt und rechtlich verfestigt [sind]“. Auch auf die Eheöffnung warten Homosexuelle in Deutschland bislang vergeblich. Während andere Länder wie Frankreich, Großbritannien, Südafrika oder das Heimatland von Papst Franziskus, Argentinien, die Ehe für Homosexuelle geöffnet haben, macht die Große Koalition in Sachen Gleichstellung keinen Finger krumm.

## Christliches Menschenbild? Von wegen!

Die ewiggestrige CDU betreibt freiwillig keine Gleichstellungspolitik. Vom Verfassungsgericht vor sich her getrieben hat sie widerwillig und zögerlich der Gleichstellung im Steuerrecht oder bei der Sukzessivadoption zugestimmt. Abwarten und so lange diskriminieren wie es geht, scheint hier das Motto zu sein. Um konservative Wähler\*innen zu binden, wird Gleichstellung immer nur dann zähneknirschend – oder wie Merkel sagt „mit Bauchschmerzen“ – umgesetzt, wenn das Verfassungsgericht keine andere Wahl mehr lässt.

Die CDU hat es versäumt, wie andere konservative Parteien in Europa, programmatisch darüber zu debattieren, was das Bewahrenswerte im zu Bewahrenden ist. Denk- und diskussionsfaul wie die Union ist, hat sie sich auf die reaktionäre Haltung verlegt, sich gegen jeden Fortschritt



Inzwischen nichts ungewöhnliches mehr: gleichgeschlechtliche Partner.  
Foto: Philippe Leroyer / CC BY-NC-ND 2.0

zu stemmen. Die Diskriminierung von Lesben und Schwulen ist zum konservativen Markenkern geworden. Gesellschaftliche Modernisierung könnte die rückwärtsgewandten Wähler\*innen verschrecken, also hält die CDU an ihrer biedermeierlichen Gesellschaftspolitik fest. Das christliche Menschenbild verkommt dabei zu einer leeren Floskel. Der Schutz der Familie soll ausgrenzen statt zu unterstützen. Die Union bewegt sich dabei längst nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes. Es gibt keine verfassungsrechtliche Rechtfertigung für die Ungleichbehandlung von lebenspartnerschaftlichen Familien. Das Festhalten der Union an der Diskriminierung von Homosexuellen zieht einen gleichstellungspoli-

tischen Kampf in die Länge, den die Konservativen schon verloren haben. Die Mehrheit der Bevölkerung ist für die Öffnung der Ehe und das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung gesagt, dass zwischen Ehe und Lebenspartnerschaft nicht differenziert werden darf. Der besondere verfassungsrechtliche Schutz von Ehe und Familie wird nicht durch Benachteiligung von

Lebenspartnerschaften verwirklicht. Es ist an der Zeit, dass das endlich auch gesetzgeberische Konsequenzen hat.

## 100 Prozent Gleichstellung versprochen, nichts geliefert

Auch die SPD gibt ein unrühmliches Bild ab. Sie hat zwar im Wahl-

kampf noch 100 Prozent Gleichstellung versprochen, aber bislang Nullkommanichts geliefert. Wenn die SPD nicht ihren letzten Funken gleichstellungspolitischer Glaubwürdigkeit verspielen möchte, wird es Zeit für eine Kehrtwende, anstatt sich weiter von der Union gängeln zu lassen. Letzte Chance für die Glaubwürdigkeit der SPD: der grüne Entwurf eines Gesetzes zur abschließenden Beendigung der verfassungswidrigen Diskriminierung eingetragener Lebenspartnerschaften. Entweder verhilft sie ihm zu einer Mehrheit oder kann auf dem Themenfeld LGBTTI endgültig einpacken.

Volker Beck, MdB  
Innenpolitischer Sprecher

Mehr zur Politik im  
Bezirk gibt es unter:  
[blog.gruene-neukoelln.de](http://blog.gruene-neukoelln.de)

## Der Grüne Gesetzentwurf für echte Gleichstellung

Etwa 150 Regelungen in 54 Gesetzen und Verordnungen unterscheiden noch bei den Rechtsfolgen zwischen Ehe und Lebenspartnerschaft. Das betrifft beispielsweise das Adoptionsrecht, die Übernahme eines Hofes durch die\*den Lebenspartner\*in, das Sprengstoffgesetz, das Infektionsschutzgesetz, das Bundesvertriebenengesetz sowie das Strafrecht als auch die gesetzliche Renten- und Unfallversicherung. Durch einen grünen Gesetzesvorschlag soll das geändert und die verfassungswidrige Diskriminierung eingetragener Lebenspartnerschaften endlich beendet werden.

Auch im Koalitionsvertrag der GroKo steht, man wolle rechtliche Regelungen, die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften schlechter stellen, beseitigen – sprich endlich die langjährige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in geltendes Recht umsetzen. Doch die Umsetzung dieser hehren Worte lässt leider nach wie vor auf sich warten, stattdessen wird aus ideologischen Gründen weiterhin an der Diskriminierung festgehalten. Die Grüne Bundestagsfraktion macht deshalb auch im Parlament weiter Druck und hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem genau das umgesetzt würde, was ohnehin im Koalitionsvertrag steht. Der Entwurf wurde am 26.02. im Bundestag eingebracht und nach der 1. Lesung in die zuständigen Ausschüsse verwiesen. Bis in den sechs verschiedenen Ausschüssen mehrheitsfähige Lösungen erarbeitet werden, wird wohl wieder einige Zeit verstreichen...

Die Plenardebatte zum Nachlesen:  
[gruenlink.de/whq](http://gruenlink.de/whq)

Annette Heppel

## OLYMPIA OHNE BÜRGER\*INNEN

## Aus Tempelhof nichts gelernt?

Seit knapp einem Jahr ist Olympia auf der Agenda Berlins. Etwa genauso lange fordert die Opposition im Abgeordnetenhaus eine ernstgemeintete Beteiligung der Berliner Stadtgesellschaft. Zuvor stand die mögliche Bebauung des Tempelhofer Feldes auf der Agenda. Auch hier drängten Grüne, Linke und Piraten im Abgeordnetenhaus auf ein transparentes Verfahren, das die Bürger\*innen in die Planungen einbezieht. Mit Olympia wiederholt der Senat jeden denkbaren Fehler aus der Entscheidung um das Tempelhofer Feld und zeigt, dass er aus der Niederlage nichts gelernt hat.

Begonnen haben SPD und CDU die Debatte mit vollmundigen Ankündigungen („Berlin kann Olympia!“). Ein Senatsbeschluss aus dem Juni geht schon mal einfach davon aus, dass die Bürger\*innen das Projekt unterstützen. Dann wurde unter erheblichem Zeitdruck, den der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) mit einem straffen Zeitplan für das innerdeutsche Bewerbungsverfahren produzierte, Bürger\*innenbeteiligung mit zwei nichtssagenden Online-Umfragen simuliert. Die zentrale Frage, ob man sich Olympia eigentlich grundsätzlich vorstellen könne, wurde ausgespart.

## Was würde Olympia kosten?

Parallel fing der Senat an, über Kosten zu spekulieren. In der Interessenbekundung stehen grobe Zahlen, die auch bislang nicht detaillierter unteretzt wurden. Informationen, wie man zu dieser Einschätzung komme, blieben eher wolkig. Genauer ginge es halt nicht. Das Problem: Wenn sich Berlin um Olympia und Paralympics 2024 bewerben soll, muss das schon allein für die Bewerbungsphase, aber auch alle Schritte danach, Niederschlag im Doppelhaushalt 2016/17 und der mittelfristigen Finanzplanung finden.

Wer die Stadtgesellschaft ernst nimmt, hätte spätestens ab Ende Au-

gust offen diskutieren müssen, Folgen und Alternativen einzelner Elemente der ersten Planung, wie sie in der Interessenbekundung vorgelegt wurden, zur Debatte stellen. Aber im Senat war man anderweitig beschäftigt, die SPD suchte einen neuen Regierenden Bürgermeister. Die verstrichene Zeit wurde stattdessen für Werbung genutzt. In den Olym-

Kampagne der Olympiagegner.  
Foto: Uwe Hixsch  
CC BY-NC-SA 2.0



## BUCKOWER FELDER - MIT DEN BÜRGER\*INNEN SPIELT MAN NICHT

## Bauempfehlung: Reden statt wegeregieren

Politik über die Köpfe der Bürger\*innen hinweg – damit sollte Schluss sein, als schmerzhaft wie folgenschwere Lehre des Senats aus dem Volksentscheid um das Tempelhofer Feld. Nichts gelernt aus Tempelhofer Feld müssen dagegen die Buckower feststellen, die sich mit einem Bürger\*innenbegehren gegen die Pläne zur Bebauung der Buckower Felder wehren wollten.

Rund 6.000 Unterschriften hatte die Bürger\*inneninitiative „Rettet die Buckower Felder“ gesammelt.

500 Wohnungen sollen auf dem Areal entstehen, das die Anhänger\*innen der Initiative als Grünfläche erhalten wollten. Doch der Senat verhinderte das bezirkliche Volksbegehren, er zog die Zuständigkeit über das Gebiet an sich. Ein Verfahrenstrick, um die Beteiligungsrechte der Bürger\*innen auszuhebeln. Und die Neuköllner

Zählgemeinschaft aus SPD und CDU hat fröhlich mitgemacht.

Die Grüne Fraktion in der Neuköllner Bezirksverordnetenver-

## Unverbindliche Befragung statt echter Beteiligung

Am Ende sollen die Bürger\*innen entscheiden. Eigentlich. Doch der Senat hat sich nur für eine unverbindliche Bürger\*innenbefragung von oben entschieden. Befragt werden ausschließlich volljährige Deutsche; andere Gruppen wie etwa 16- und 17-Jährige oder EU-Bürger\*innen, die genauso diese Stadt prägen und von der Ausrichtung eines solchen Events betroffen wären, werden gar nicht erst gefragt, Unverbindlichkeit hin oder her. Es wird eine Ja-Nein-Frage werden, bei der man sich entscheiden werden muss, ob man Olympische und Paralympische Spiele in Berlin

haben will oder nicht – ohne den Hauch einer Ahnung, was das kostet und was das bedeutet. Der Senat will sich einen Persilschein ausstellen lassen, statt Bürger\*innen ernsthaft einzubinden. Vorschläge der Opposition, wie man Hürden bei Volksentscheiden senken könnte, wurden stets abgeblockt. Stattdessen gibt es jetzt die „Olympiabegleitgruppe“ bei der Senatskanzlei mit 25 ausgelosten und 25 berufenen Bürger\*innen, die das Beteiligungsverfahren des Senats mehr – naja, halt ‚begleiten‘ sollen.

Olympia zeigt, dass SPD und CDU nicht willens oder nicht in der Lage sind, echte Bürger\*innenbeteiligung zu organisieren. Doch Grüne wissen: Transparenz und echte Bürger\*innenbeteiligung sind bei Großprojekten alternativlos. Olympia ist es nicht, genauso wenig wie die Bebauung des Tempelhofer Feldes alternativlos war.

&  
Anja Schillhaneck, MdA  
Sportpolitische Sprecherin

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„...mehr als nur der hippe Norden.“  
Ralf, 51 Jahre

## DER KAMPF IST NOCH NICHT GEWONNEN

## In Trippelschrittchen zum Milieuschutz

Vor einem halben Jahr hat die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung (BVV) nach jahrelangem Ringen den Weg frei gemacht für die Ausweisung von Milieuschutzgebieten im Reuter- und Schillerkiez und die gesetzlich vorgeschriebenen Voruntersuchungen beschlossen. Inzwischen ist zumindest die Ausschreibung für den Reuterkiez in Auftrag gegeben, die für den Schillerkiez soll noch im ersten Halbjahr folgen. Den Bezirkshaushalt belasten die Voruntersuchungen dabei nicht: Der Senat hat sich – wie in anderen Bezirken – bereit erklärt, die anfallenden Kosten zu tragen.

In der Neuköllner SPD war mit dem Beschluss die Hoffnung verbunden, beim Thema Mieten aus der Dauerdefensive heraus zu kommen und das Thema Milieuschutz mit den beiden Voruntersuchungen erst einmal abzu-

räumen. Doch die Verfechter\*innen von Milieuschutz melden sich immer lautstarker zu Wort.

## Richardplatz, Körnerpark, Emser Straße – die Rufe werden lauter

Bereits im Oktober hatte sich der Quartiersrat Richardplatz Süd in einem offenen Brief an die Mitglieder der BVV gewandt und für das Gebiet „schnellstmöglich die vorbereitenden Untersuchungen für die Einrichtung eines Milieuschutzgebietes“ gefordert. Im Februar meldete sich nun auch der Quartiersrat Körnerpark zu Wort und forderte, die Voruntersuchungen auch auf den Körnerpark auszuweiten.

Unterstützt werden diese Forderungen auch von einer wachsenden Gruppe von Vor-Ort-Initiativen wie etwa den „Emserianern“, in der sich Anwohner\*innen der Emser Straße

zusammengefunden haben, die die Entwicklung ihrer Straße mit großer Sorge verfolgen.

## Die Landesebene ist schon weiter

Zu den bekannten Argumenten für Milieuschutz ist mittlerweile noch ein gewichtiges Neues hinzugekommen: Die CDU hat im Berliner Senat endlich ihren hartnäckigen Widerstand gegen den Erlass einer Umwandlungsverordnung aufgegeben. Nachdem der Senat diese Verordnung erlassen hat, können Bezirke die – nachweislich mietsteigernde – Umwandlung eines Miethauses in einzelne Eigentumswohnungen versagen.

Haken an der Sache: Die Umwandlungsverordnung ist nur in Milieuschutzgebieten anwendbar. Neukölln profitiert von der neuen gesetzlichen Regelungen damit im Moment über-

haupt nicht – und nach dem Willen von SPD und CDU im Bezirk auch in Zukunft nur im Reuter- und Schillerkiez. Die Umwandlungsproblematik aber geht weit über diese Kieze hinaus – nicht nur die Emserianer können davon ein trauriges Lied singen.

## SPD auf der Suche nach Hinter-türchen?

Das Bezirksamt allerdings versucht nach wie vor zu mauern. So sind die geplanten Untersuchungsgebiete im Reuter- und Schillerkiez deutlich kleiner als die entsprechenden Quartiersmanagement-Gebiete. Baustadtrat Thomas Blesing (SPD) erklärte im Stadtentwicklungsausschuss im Februar, das Gebiet um die Wartestraße südlich der Friedhöfe sei nicht Teil des Untersuchungsgebietes, da es sich hierbei nicht um den Schillerkiez handele, für den die BVV die Voruntersuchungen beschlossen habe. In der BVV Ende Februar klang das dann schon vorsichtiger: Die genauen Gebietsgrenzen seien noch gar nicht festgelegt. Bleibt zu hoffen, dass die Wortklauberei des Baustadtrates auch SPD-intern auf Kritik gestoßen ist und die genauen Grenzen nun noch

Bürgermeister gegen diesen Taschen-spielertrick wehren sollte, wurde mit Stimmen von SPD und CDU niedergestimmt. Henkel, Müller, Giffey und Co. geben den Menschen das Signal, all ihre Bemühungen sind am Ende wertlos, die Politik interessiert sich nicht für ihre Anliegen.

„Wir haben aus Tempelhof gelernt“, behauptete Andreas Geisel (SPD), Berlins neuer Stadtentwicklungssenator. „Weil man sonst gute Chancen hat, bei jedem größeren Vorhaben vor den Schrubber zu laufen“, sagte Berlins Bürgermeister Müller nach Amtsantritt. Nichts als schöne Worte, sagt der Verstand.

Sabrina Markutzky



Das Häuserballett - eine kreative Protestform für bezahlbare Mieten.  
Foto: [www.mietenbuendnis.de](http://www.mietenbuendnis.de)

einmal überdacht werden.

In der BVV im März jedenfalls wird das Thema erneut auf der Tagesordnung stehen. Dann wird der Einwohner\*innenantrag besprochen, für den das Mietenbündnis Neukölln ([www.mietenbuendnis.de](http://www.mietenbuendnis.de)) – u.a. auch mit Hilfe von Bündnis 90/Die Grünen – 3.500 Unterschriften für die Einrichtung von Milieuschutzgebieten im Neuköllner Norden gesammelt hat. Die Hoffnung der Neuköllner SPD, sich mit zwei Trippelschritten in Richtung Milieuschutz eines unliebsamen Themas zu entledigen, hat sich also glücklicherweise nicht erfüllt.

Jochen Biedermann  
Vorsitzender des BVV-Ausschusses für Stadtentwicklung



## GRÜNE TREFFEN

Die Neuköllner Grünen treffen sich **jeden zweiten Dienstag** um 19 Uhr in der Berthelsdorfer Str. 9 (U-Bahnhof Karl-Marx-Straße hinter der Passage). Zur Diskussion stehen bezirks-, landes- und bundespolitische Themen. Termine und

Tagesordnung stehen (meist) einige Tage vorher im Internet unter [www.gruene-neukoelln.de](http://www.gruene-neukoelln.de). Die Treffen sind öffentlich, auch Nichtmitglieder, die sich für grüne Politik im Bezirk interessieren, sind herzlich willkommen!